X4 Frieden bewahren heißt: Verantwortung in Bayern übernehmen

Antragsteller*in: Maximilian Mattig (GRÜNE JUGEND Bayern)
Tagesordnungspunkt: TOP 6 Anträge

Präambel

Der brutale und völkerrechtswidrige russische Angriffskrieg gegen die Ukraine dauert inzwischen seit vier Jahren an und hat die europäische Friedensordnung erschüttert. Zugleich erleben wir, dass autoritäre Staaten und Akteure nicht nur mit Waffen, sondern auch mit Desinformation, Cyberangriffen und politischer Einflussnahme gegen offene Gesellschaften, wie unserer vorgehen. Trumps Drohungen gegen Grönland haben die Fragilität sicher geglaubter Bündnisse aufgezeigt. Damit geraten nicht allein Grenzen und Territorien unter Druck, sondern auch das Vertrauen in Demokratie, Rechtsstaat und Freiheit. Sie müssen geschützt und immer wieder neu gestärkt werden.

Wir sind Teil einer internationalen Ordnung, die aus den Lehren von Krieg, Diktatur und Zerstörung entstanden ist. Diese Ordnung gründet auf dem Völkerrecht, auf der Souveränität von Staaten und auf dem klaren Verbot, politische Ziele mit militärischer Gewalt durchzusetzen. Gerade diese Grundsätze werden heute offen herausgefordert. Wenn Macht wieder vor Recht gestellt wird, wenn Grenzen mit Gewalt verschoben, Gesellschaften gezielt destabilisiert und demokratische Institutionen angegriffen werden, dann geht es nicht um ferne Konflikte allein. Dann geht es um die Verteidigung der Grundlagen unseres Zusammenlebens in einem geeinten Europa. Wer das Völkerrecht missachtet, greift damit immer auch die Sicherheit derjenigen an, die auf Recht, Freiheit und Frieden vertrauen.

Nur wo Menschen ohne Angst vor Gewalt und Krieg leben können, bleiben politische Teilhabe, gesellschaftlicher Zusammenhalt und individuelle Freiheit dauerhaft gesichert.

Die Menschen in Uniform sind ein unverzichtbarer Teil dieser Sicherheitsarchitektur. Ihr Dienst ist kein Selbstzweck, sondern dient dem Schutz von Frieden. Soldat*innen schwören nicht auf einen Herrscher, eine Partei oder eine Ideologie, sondern auf das Grundgesetz, mit der Menschenwürde an erster Stelle. Wer den Frieden bewahren will, muss in der Lage sein, Freiheit und Recht entschlossen zu schützen. Das ist kein Bruch mit einer Politik des Friedens, sondern eine Konsequenz aus der tragischen Erfahrung, dass Frieden ohne Schutz verwundbar ist und proaktiv geschützt werden muss.

Die Menschen in Uniform tragen aktiv dazu bei, dieses Ziel zu verwirklichen. Bayern trägt die Verantwortung, gute Bedingungen für die Menschen, die auch in der Bundeswehr dienen zu schaffen sowie für eine Ausstattung und Infrastruktur, die dem Auftrag entspricht und für Strukturen zu sorgen, die auf die Herausforderungen der Gegenwart vorbereitet sind. Dabei tragen wir auch eine Verantwortung für die Sicherheit Europas und der gemeinsamen Idee eines friedlichen Kontinents.

Dieser Antrag steht deshalb für die Überzeugung, dass Freiheit geschützt werden muss, wenn sie bestehen soll. Er verbindet das Eintreten für Frieden mit dem Bewusstsein, dass Demokratie wehrhaft und resilient sein muss. Wer unsere offene

Gesellschaft bewahren will, muss bereit und fähig sein, ihre Grundlagen zu verteidigen.

Gerade weil Außen- und Verteidigungspolitik weitgehend Bundesaufgabe sind, muss Bayern dort Verantwortung übernehmen, wo der Freistaat selbst handeln kann: im Bevölkerungsschutz und Ehrenamt, in der sozialen Infrastruktur, in der Ausbildung, in der Mobilität und in der Gesundheitsversorgung.

Gerade deshalb darf progressive Politik dieses Feld nicht der CSU überlassen. Sicherheit, Verteidigungsfähigkeit und der Schutz unserer demokratischen Ordnung und Zivilbevölkerung sind keine exklusiv konservativen Themen, sondern zentrale Voraussetzungen für soziale Gerechtigkeit, Freiheit und ein solidarisches Zusammenleben. Wer den Anspruch hat, eine offene Gesellschaft aktiv zu gestalten, muss auch Antworten auf die veränderte sicherheitspolitische Lage geben - verantwortungsvoll, wertegeleitet und international eingebettet. Wenn wir diesen Anspruch nicht selbstbewusst formulieren, überlassen wir die Deutungshoheit der CSU und anderen Kräften, die Sicherheit vor allem national verengen oder politisch instrumentalisieren. Progressive Politik muss daher klar machen: Eine wehrhafte Demokratie ist kein Widerspruch zu einer solidarischen Gesellschaft, sondern deren Voraussetzung.

Katastrophen- und Zivilschutz stärken

Katastrophenschutz ist Daseinsvorsorge, nicht Ausnahmezustand!

Wir fordern einen modernisierten Katastrophen- und Zivilschutz, um den Herausforderungen unserer Zeit gerecht zu werden. Die Schaffung des Landesamtes für Bevölkerungsschutz innerhalb des bayerischen Innenministeriums war ein erster guter Schritt, doch dort darf es nicht enden! Extremwetter werden zunehmen. Die Pandemie hat gezeigt, dass unerwartete Ereignisse weitreichende Folgen haben können. Auch technisches Versagen, Sabotage oder Terror können Stromausfälle und andere Krisen auslösen. Mit moderner Ausstattung, starkem Rückhalt für die Einsatzkräfte und einer robusten Infrastruktur muss dafür gesorgt werden, dass die Landkreise und Kommunen auf jede Krise vorbereitet sind - damit die Menschen in Bayern auch in schwierigen Zeiten sicher und frei leben können. Dazu gehört auch die Stärkung der zivil-militärischen Zusammenarbeit. Diese stellt die Beratungsexpertise der Bundeswehr zur Verfügung und sorgt im Ernstfall für eine effizientere Amtshilfe. Nur so können wir auch in Krisenzeiten oder Spannungsfällen in Freiheit und Sicherheit leben! Alle entsprechenden Akteure müssen regelmäßig miteinander anspruchsvolle Szenarien üben.

Wir fordern, dass für alle Bereiche des Katastrophenschutzes ein für Bayern einheitlicher, sinnvoller und zweckmäßiger Gesetzesrahmen geschaffen wird, der schnelle und lokale Verantwortung durch die Landratsämter bzw. Kommunen ermöglicht und die Koordination zwischen Landes- und Bundesbehörden, soweit die Landesgesetze dies ermögliche, vereinheitlicht.

Zusätzlich sollen Landkreise Katastrophenschutzbedarfspläne aufstellen und durch die Staatsregierung finanziell unterstützt werden, diese umzusetzen.

Wir fordern verbindliche und moderne Standards zur Notstrom- und Krisenfestigkeit, sowie Kraftstoffbevorratung kritischer Infrastrukturen wie

Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen, Trink- und Abwasserwerke, Leitstellen, Feuerwehrgerätehäusern und kommunale Verwaltungsstandorte in ganz Bayern.

Wir fordern eine bessere soziale, rechtliche und finanzielle Absicherung ehrenamtlicher Einsatzkräfte, durch überarbeitung der Freistellungs- und Verdienstausfallregelungen.

Wir fordern eine landesweite Nachwuchsstrategie für Feuerwehr, THW, Rettungsdienste und weitere Organisationen des Bevölkerungsschutzes über alle Altersgruppen hinweg.

Wir fordern, dass Krisenkommunikation mehrsprachlich umgesetzt wird! Warnungen, Verhaltensempfehlungen und Informationsmaterialien sollen mindestens in den häufigsten in Bayern gesprochenen Sprachen sowie in leichter Sprache barrierearm, kostenlos und für jeden schnell und überall verfügbar sein.

Wir fordern, dass verbindliche Kommunale Notfalltreffpunkte entstehen. In jeder Kommune sollen klar ausgewiesene Notfall- und Informationspunkte eingerichtet werden, die bei Blackouts, Hochwasser oder Großschadenslagen als Anlaufstelle für Bevölkerung, Hilfeersuchen und Erstversorgung dienen. Für die Bereitstellung des dafür notwendigen Materials soll die Staatsregierung, den Kommunen die notwendigen finanzielle Mittel bereitstellen bzw. diese unterstützen.

Bereichsausnahmen der Schuldenbremse für unsere Sicherheit nutzen!

Die Landkreise und Kommunen sind der erste Anlaufpunkt wenn es um die konkrete Umsetzung ziviler Schutzeinrichtungen und die Koordination von Katastrophen geht. Von einfachsten Löschteichen und Sirenen, Lagerflächen, Gerätehäusern und Fahrzeuge bzw. Ausrüstung der Feuerwehren bis zu komplexen Katastrophenschutzzenten, Leitstellen, Bunker- und Kommunikationssystemen - all das müssten Kreise bzw. Kommunen aus ihren eigenen Haushalten finanzieren. Der Freistaat muss seiner Verantwortung endlich gerecht werden und Gelder, die den Kommunen zustehen und dringend für die Umsetzung dieser Maßnahmen gebraucht werden, nicht länger vorenthalten. Die Katastrophenschützer*innen und Gemeinderät*innen vor Ort wissen wo diese Gelder am besten eingesetzt werden und brauchen jetzt Handlungsspielraum! Die Staatsregierung darf sich nicht länger hinter einer starren und veralteten Auslegung der Schuldenbremse verstecken, während Kommunen die Kosten für Krisenvorsorge und Bevölkerungsschutz allein schultern sollen. Wir fordern deshalb eine Reform der bayerischen Schuldenbremse und die konsequente Nutzung der bundesrechtlich eröffneten Investitionsspielräume, damit Mittel für Infrastruktur, Bevölkerungsschutz und kommunale Resilienz schnell und verbindlich bei den Städten, Gemeinden und Landkreisen ankommen.

Wer Sicherheit ernst meint, muss Kommunen endlich in die Lage versetzen, Sirenen, Notstrom, Schutzräume, Krisenkommunikation und robuste öffentliche Infrastruktur verlässlich aufzubauen!

Kitaplätze schaffen!

Ein funktionierendes Gemeinwesen basiert auf der Erfüllung grundlegender staatlicher Pflichten - dazu gehört primär auch der Rechtsanspruch jedes Kindes auf eine qualitativ hochwertige Kinderbetreuung. In Bayern sehen wir jedoch, dass dieser Anspruch an den Kasernenstandorten durch die spezifische Belastung von Familien im Schicht- und Einsatzdienst überhaupt nicht umgesetzt werden kann. Es ist eine unbestreitbare strukturelle Notwendigkeit, die Kinderbetreuung an diesen Standorten zu erweitern, um die Dienstfähigkeit der Bundeswehr und die Lebensrealität der Angehörigen mit dem staatlichen Bildungsauftrag in Einklang zu bringen. Die Erweiterung der Kita-Infrastruktur an diesen Standorten ist somit keine Option, sondern eine bauliche und soziale Pflichtaufgabe der Landesregierung. Wir fordern die Bayerische Staatsregierung auf, gemeinsam mit dem Bund, der Bundeswehr, den betroffenen Kommunen und freien Trägern ein bedarfsgerechtes Ausbauprogramm für die Kinderbetreuung an bayerischen Bundeswehrstandorten aufzulegen. Es braucht zusätzliche Krippen- und Kitaplätze sowie Öffnungszeiten, die verlässlich bzw. planbar Schicht-, Übungs- und Einsatzrhythmen abbilden können. Darüber hinaus müssen die Gleichstellungsbeauftragten einbezogen werden. Hierfür sind die landesrechtlichen und finanziellen Instrumente des Freistaats, insbesondere die kommunale Bedarfsplanung und Förderung nach dem BayKiBiG sowie investive Mittel aus der Ländersäule des Sondervermögens konsequent zu nutzen. Denn solange Care-Arbeit und Familienverantwortung nicht politisch mitgedacht werden, werden Frauen in der Bundeswehr systematisch benachteiligt. Ungeachtet dessen müssen natürlich auch in jeder anderen Kommune und für die Zivilbevölkerung neue und mehr Kitaplätze geschaffen werden!

Infrastruktur an bayerischen Kasernenstandorten stärken!

Die Standorte der Bundeswehr in Bayern sind oft tief im ländlichen Raum verwurzelt. Doch die aktuelle Planungspolitik droht, diese Standorte zu isolieren und zu ‚Inseln der Autozentrierung' zu degradieren, was die soziale und ökologische Transformation der Regionen aktiv behindert, ohne einen Mehrwert zu schaffen. Wir fordern daher eine Abkehr von der rein Pkw-zentrierten Planung hin zu einer nachhaltigen, multimodalen Mobilitätsstrategie. Wir fordern die Bayerische Staatsregierung auf, eine systematische Erfassung aller Bundeswehrstandorte hinsichtlich ihrer ÖPNV-Anbindung durchzuführen und die Qualität dieser Anbindung als verbindliche Bedingung für staatliche Förderung von Neubau- oder Erweiterungsprojekten festzulegen und in weitere Planunge zu integrieren. Diese Forderung ist im Kern ein Gebot der Mobilitätsgerechtigkeit. Ein funktionierender ÖPNV an Kasernenstandorten ist keine Privilegierung der Truppe, sondern eine notwendige Investition in die regionale Infrastruktur, von der die gesamte Zivilbevölkerung profitiert, denn wir fordern dass neue Routen zwangsläufig die Anbindung von ländlichen Gebieten verbessern. Wenn neue Bundeswehrstandorte eröffnet werden, oder bestehende besser angeschlossen werden, muss die umliegende Region auch durch eine Verbesserung im ÖPNV davon profitieren! Wir müssen sicherstellen, dass die Mobilität von Soldat*innen – insbesondere von jungen Menschen und Personen in niedrigeren Dienstgraden, die nicht über die Ressourcen für einen eigenen PKW verfügen – nicht durch

infrastrukturelle Vernachlässigung eingeschränkt wird. Und dass das Bahnfahren in Uniform für Soldaten attraktiver wird, um auch die Sichtbarkeit und Nahbarkeit der Soldat*innen in der Öffentlichkeit zu verbessern. Indem wir die Anbindung der Kasernen an das regionale Verkehrsnetz stärken, fördern wir die Revitalisierung des ländlichen Raums, reduzieren die CO2-Emissionen und schaffen eine moderne Mobilitätsgarantie, die den Anforderungen einer zukunftsorientierten Gesellschaft gerecht wird.

Bildungsurlaub einführen und Reservedienst ermöglichen!

Ein lebendiges Gemeinwesen basiert auf der Bereitschaft seiner Bürger*innen, Verantwortung für das Kollektiv zu übernehmen. Doch in einer Arbeitswelt, die zunehmend auf totale Verfügbarkeit und permanente Verwertbarkeit von Arbeitskraft setzt, droht bürgerschaftliches Engagement als bloßes wirtschaftliches Risiko diskreditiert zu werden. Wir beobachten, dass die Ausübung des Ehrenamtes und Reservistendienstes heute oft an den Interessen der rein profitmaximierenden Unternehmen scheitert, die die Abwesenheit von Arbeitskraft primär als Produktivitätsverlust wertet. Diese strukturelle Schwäche der bürgerschaftlichen Teilhabe ist kein Zufall, sondern das direkte Resultat einer jahrzehntelangen, rückwärtsgewandten Blockadepolitik der CSU.

Indem die Landesregierung die Einführung eines Bildungsurlaubsgesetzes in Bayern konsequent verhindert hat, hat sie den Arbeitgebenden ein mächtiges Werkzeug in die Hand gegeben, gesellschaftliches Engagement als Hindernis für die reine Produktivität zu instrumentalisieren. Wir fordern daher ein Ende dieser politischen Rückwärtsgewandtheit mit zwei entscheidenden Schritten:

Erstens fordern wir die Einführung eines gesetzlichen Bildungsurlaubs in Bayern, um die demokratische Teilhabe und die persönliche Weiterentwicklung ALLER Arbeitnehmenden gegen rein profitgetriebene Interessen zu schützen.

Zweitens muss die rechtliche Gleichstellung der Reservistenfreistellung mit diesem Bildungsurlaub sichergestellt werden.

Durch diese Verknüpfung entziehen wir den repressiven Mechanismen der Arbeitgeber die Grundlage, die individuelle Bereitschaft zur gesellschaftlichen Verantwortung als Gefahr für die Ertragsmaximierung zu brandmarken. Es ist die Aufgabe einer progressiven Politik, den Raum für gesellschaftliches Engagement zu sichern und sicherzustellen, dass das Recht auf einen Beitrag zum Gemeinwohl nicht an den ökonomischen Zwängen der Arbeitsplatzsicherung scheitert.

Psychosoziale Versorgung aufstocken!

Ein wesentlicher Pfeiler einer stabilen Gesellschaft ist die psychische Resilienz ihrer Mitglieder - dies gilt für die gesamte Zivilgesellschaft ebenso wie für die Menschen in Uniform. Wir fordern daher den Aufbau niederschwelliger, konfessionell ungebundener, psychosozialer Beratungsangebote in bayerischen Städten und Gemeinden mit Bundeswehrstandorten und zivilen Katastrophenschutzzentren. Diese Angebote müssen darauf ausgerichtet sein, die tief verwurzelte Stigmatisierung psychischer Belastungen aufzubrechen und die

Folgen von Traumatisierungen, wie etwa posttraumatische Belastungsstörungen (PTBS), proaktiv zu adressieren. Darüber hinaus braucht es vorbeugende Maßnahmen, wie etwa Einsatzvor- und nachbereitungen. Diese Angebote müssen allesamt vertraulich sein und klare Absicherungen gegen dienstliche Nachteile enthalten. Darüber hinaus müssen diese Strukturen gezielt dazu beitragen, die Barrieren patriarchaler Rollenbilder abzubauen, die den Zugang zu notwendiger Hilfe oft durch ein Ideal der vermeintlichen Unverwundbarkeit verhindern. Ein solcher Aufbruch ist essenziell, um die individuelle Handlungsfähigkeit zu stärken und gleichzeitig die immense Care-Verantwortung der Angehörigen und Partner*innen zu unterstützen, die in Krisenzeiten oft die Last der psychischen Unterstützung im privaten Raum allein tragen. Es braucht eine nachhaltige psychosoziale Infrastruktur, die sowohl die Menschen in Uniform als auch die gesamte bayerische Gesellschaft stärkt.

Medizinische Versorgung stärken: Für ein neues Bundeswehrkrankenhaus in Bayern!

Bayern verfügt aktuell über kein eigenes Bundeswehrkrankenhaus. Soldat*innen und Bundeswehrangehörige sind damit auf die zivile Regelversorgung oder lange Fahrten nach Ulm, Koblenz, Hamburg oder Berlin zu den anderen Bundeswehrkrankenhäusern angewiesen - eine Lücke, die in Zeiten erhöhter Einsatzbereitschaft und wachsender Truppenstärke nicht länger akzeptabel ist. Wir fordern deshalb die bayerische Staatsregierung auf, sich gegenüber dem Bund für die Errichtung eines Bundeswehrkrankenhauses an einem geeigneten bayerischen Standort, einzusetzen, das sowohl auf die spezifischen medizinischen Bedarfe von Soldat*innen als auch auf die psychiatrische und traumatologische Nachsorge nach Auslandseinsätzen ausgerichtet ist. Dieses Krankenhaus soll nicht als isolierte Militäreinrichtung gedacht werden, sondern als integriertes Gesundheitszentrum mit starker zivil-militärischer Verzahnung. Zivile Medizinstudent*innen sollen, wie an jedem anderen Krankenhaus auch, die Möglichkeit bekommen, Teile ihres Studiums und ihrer praktischen Ausbildung dort zu absolvieren. Umgekehrt profitiert die zivile Bevölkerung der Region von einer leistungsfähigen Klinik, die insbesondere in der Notfall- und Traumaversorgung Maßstäbe setzten kann. So nutz die Bundeswehr heute schon ihre eigenen Krankenhäuser primär um die eigenen Ärzt*innen und Sanitäter in Übung zu halten und versorgt überwiegend zivile Patient*innen mit einer weit höhren Qualiät als andere Krankenhäuser das können, denn die Bundeswehr muss keinen Profit machen sonder exzellentes Personal ausbilden. Diese Doppelfunktion stärkt gleichzeitig die regionale Gesundheitsversorgung, die Krisen und Katastrophenresilienz und reduziert den flächendeckenden Ärztemangel im ländlichen Bayern.

Darüber hinaus fordern wir ausdrücklich, dass das Bundeswehrkrankenhaus alle reproduktionsmedizinischen Leistungen anbietet, zu denen explizit auch Schwangerschaftsabbrüche gehören. Es kann nicht sein, dass Soldatinnen und Bundeswehrangehörige für die Inanspruchnahme dieser medizinischen Leistungen besondere Hürden überwinden müssen oder auf eine ohnehin ausgedünnte zivile Versorgungsstruktur angewiesen sind. Ein modernes Bundeswehrkrankenhaus muss die Gesundheitsrechte aller Angehörigen der Bundeswehr vollumfänglich, hochqualitativ und niederschwellig sicherstellen.

Als mögliche Standorte bieten sich beispielsweise Nürnberg oder Ingolstadt aufgrund der nähe zu Flughäfen, Universitäten und bestehender Bundeswehrinfrastruktur an, es sind aber natürlich auch andere wie Weiden, Würzburg oder Regensburg möglich und sinnvoll.

Katastrophenschutz gehört in den Stundenplan!

Die Klimakrise, zunehmende Extremwetterereignisse, Stromausfälle oder auch Pandemien zeigen, dass Katastrophen- und Zivilschutz längst kein Nischenthema mehr ist, sondern zum Alltag einer modernen Gesellschaft gehört. Kinder und Jugendliche wachsen in einer Welt auf, in der sie nicht nur geschützt, sondern auch handlungsfähig sein müssen. Wir fordern daher, Katastrophenschutzunterricht und "Blaulichtkunde“ oder "Zivilschutzstunden" verbindlich an bayerischen Schulen zu verankern.

Schulen sollen hierfür systematisch mit dem Technischen Hilfswerk (THW), dem Bayerischen Roten Kreuz (BRK), der Feuerwehr, Rettungsdiensten und der Bundeswehr im Bereich des zivilen Katastrophenschutzes zusammenarbeiten. Im Mittelpunkt dieses Unterrichts stehen praktische Fähigkeiten und gesellschaftliche Verantwortung. Schüler*innen sollen in den weiterführenden Schulen beispielsweise lernen, wie sie sich in Gefahrensituationen verhalten (z.B. bei Feuer, Hochwasser, Unwettern, Blackouts, oder Unfällen), wie sie Notlagen erkennen und wo sie wie Hilfe holen, wie stabile Seitenlage und Wiederbelebung funktionieren, wie sie sich in Evakuierungssituationen orientieren und wie Nachbarschaftshilfe und Solidarität im Krisenfall praktisch aussehen können. Es sollen allgemeine und grundsätzliche Inhalte vermittelt werden: Wie legt man einen Notfallvorrat an, was bedeuten Gefahrensysmbole, wer ist eigentlich für was im Katastrophenschutz zuständig? Dazu gehören auch Grundlagen der psychischen Erste Hilfe, das Erkennen von Stressreaktionen bei sich und anderen sowie der reflektierte Umgang mit Gerüchten und Desinformation in Krisensituationen.

Wir fordern, dass in der Oberstufe an allen weiterführenden Schulen ein umfassender Erste-Hilfe-Kurs verpflichtend durchgeführt wird, der den Anforderungen für den Führerschein genügt, kostenlos ist und regelmäßig aufgefrischt werden kann. Gleichzeitig soll die Zusammenarbeit mit Feuerwehr, THW, BRK und anderen Hilfsorganisationen genutzt werden, um für ehrenamtliches Engagement zu werben: durch Projekttage, AGs, Schulkooperationen und Einsatzübungen zum Anschauen und Mitmachen.

So lernen junge Menschen früh, dass Sicherheit eine gemeinsame Aufgabe ist und dass Ehrenamt im Katastrophen- und Rettungsschutz nicht nur „nice to have“, sondern ein tragender Pfeiler unserer demokratischen und solidarischen Gesellschaft ist. Schulen sollen in Zusammenarbeit mit den Feuerwehren und anderen Hilfsorganisationen altersgerechte Praxisformate und Übungen anbieten, in denen Kinder und Jugendliche den Umgang mit Notfallsituationen einüben, Rettungsabläufe kennenlernen und Sicherheit im Kontakt mit Einsatzkräften gewinnen können. Ziel muss es sein, Wissen und Handlungssicherheit zu vermitteln, Ängste abzubauen und das Vertrauen in die öffentliche Gefahrenabwehr zu stärken. Zusätzlich könnten Jugendliche so die Chance bekommen sich für die Feuerwehr, BRK oder den Katastrophenschutz zu begeistern.

Zusätzlich eröffnen solche Angebote jungen Menschen Räume für Gemeinschaft, Verantwortung und konkrete sinnstiftende und erfüllende Teilhabe, direkt in ihrer Umgebung und erlernen Selbstwirksamkeit. Gerade in Zeiten zunehmender sozialer Vereinzelung können Feuerwehr, BRK, THW und weitere Hilfsorganisationen Orte sein, an denen sozialer Zusammenhalt praktisch erfahrbar wird. Wer früh positive Erfahrungen mit Ehrenamt und zivilem Bevölkerungsschutz macht, lernt, dass Einsatz für das Gemeinwesen nicht militärisch gedacht werden muss, sondern solidarisch, demokratisch und vor Ort beginnt. So stärken wir nicht nur den Katastrophenschutz, sondern auch soziale Bindungen, demokratische Resilienz und attraktive Wege, gesellschaftliche Verantwortung jenseits staatlichen Zwangs zu übernehmen.

Katastrophenschutzes zusammenarbeiten. Im Mittelpunkt dieses Unterrichts stehen praktische Fähigkeiten und gesellschaftliche Verantwortung. Schüler*innen sollen in den weiterführenden Schulen beispielsweise lernen, wie sie sich in Gefahrensituationen verhalten (z.B. bei Feuer, Hochwasser, Unwettern, Blackouts, oder Unfällen), wie sie Notlagen erkennen und wo sie wie Hilfe holen, wie stabile Seitenlage und Wiederbelebung funktionieren, wie sie sich in Evakuierungssituationen orientieren und wie Nachbarschaftshilfe und Solidarität im Krisenfall praktisch aussehen können. Es sollen allgemeine und grundsätzliche Inhalte vermittelt werden: Wie legt man einen Notfallvorrat an, was bedeuten Gefahrensysmbole, wer ist eigentlich für was im Katastrophenschutz zuständig? Dazu gehören auch Grundlagen der psychischen Erste Hilfe, das Erkennen von Stressreaktionen bei sich und anderen sowie der reflektierte Umgang mit Gerüchten und Desinformation in Krisensituationen.

Wir fordern, dass in der Oberstufe an allen weiterführenden Schulen ein umfassender Erste-Hilfe-Kurs verpflichtend durchgeführt wird, der den Anforderungen für den Führerschein genügt, kostenlos ist und regelmäßig aufgefrischt werden kann. Gleichzeitig soll die Zusammenarbeit mit Feuerwehr, THW, BRK und anderen Hilfsorganisationen genutzt werden, um für ehrenamtliches Engagement zu werben: durch Projekttage, AGs, Schulkooperationen und Einsatzübungen zum Anschauen und Mitmachen.

So lernen junge Menschen früh, dass Sicherheit eine gemeinsame Aufgabe ist und dass Ehrenamt im Katastrophen- und Rettungsschutz nicht nur „nice to have“, sondern ein tragender Pfeiler unserer demokratischen und solidarischen Gesellschaft ist. Schulen sollen in Zusammenarbeit mit den Feuerwehren und anderen Hilfsorganisationen altersgerechte Praxisformate und Übungen anbieten, in denen Kinder und Jugendliche den Umgang mit Notfallsituationen einüben, Rettungsabläufe kennenlernen und Sicherheit im Kontakt mit Einsatzkräften gewinnen können. Ziel muss es sein, Wissen und Handlungssicherheit zu vermitteln, Ängste abzubauen und das Vertrauen in die öffentliche Gefahrenabwehr zu stärken. Zusätzlich könnten Jugendliche so die Chance bekommen sich für die Feuerwehr, BRK oder den Katastrophenschutz zu begeistern.

Zusätzlich eröffnen solche Angebote jungen Menschen Räume für Gemeinschaft, Verantwortung und konkrete sinnstiftende und erfüllende Teilhabe, direkt in ihrer Umgebung und erlernen Selbstwirksamkeit. Gerade in Zeiten zunehmender sozialer Vereinzelung können Feuerwehr, BRK, THW und weitere Hilfsorganisationen Orte sein, an denen sozialer Zusammenhalt praktisch erfahrbar wird. Wer früh positive Erfahrungen mit Ehrenamt und zivilem Bevölkerungsschutz macht, lernt, dass Einsatz für das Gemeinwesen nicht militärisch gedacht werden muss, sondern

solidarisch, demokratisch und vor Ort beginnt. So stärken wir nicht nur den Katastrophenschutz, sondern auch soziale Bindungen, demokratische Resilienz und attraktive Wege, gesellschaftliche Verantwortung jenseits staatlichen Zwangs zu übernehmen.

Begründung

Erfolgt mündlich.